

Amtsblatt

für die Stadt Brandenburg an der Havel



31. Jahrgang

Brandenburg an der Havel, 08.12.2021

Nr. 38

Inhalt

Seite

Amtlicher Teil

Allgemeinverfügung der Stadt Brandenburg an der Havel über die Absonderung von Kontaktpersonen, von Verdachtspersonen und von positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) getesteten Personen (Allgemeinverfügung Quarantäne) 2

IMPRESSUM

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Oberbürgermeister
Redaktion: FG Rechtsamt/
Büro Stadtverordnetenversammlung

Kontakt: Klosterstraße 14
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: (0 33 81) 58 13 17
Fax: (0 33 81) 58 13 14
E-Mail: BueroSVV@stadt-brandenburg.de
Internet: www.stadt-brandenburg.de/rathaus/amtsblatt

Amtlicher Teil

Allgemeinverfügung der Stadt Brandenburg an der Havel über die Absonderung von Kontaktpersonen, von Verdachtspersonen und von positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) getesteten Personen (Allgemeinverfügung Quarantäne)

Der Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel erlässt auf der Grundlage des § 16, § 28 Abs. 1 Satz 1, § 29 und § 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) i. V. m. § 1 der Infektionsschutzzuständigkeitsverordnung (IfSZV) vom 27.11.2007 (GVBl. II S. 488), in der jeweils geltenden Fassung, folgende Allgemeinverfügung:

1. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmung

1.1 Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten für folgende Personen (betroffene Personen), die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Stadt Brandenburg an der Havel haben:

1.1.1 Personen, denen von der Stadt oder auf Veranlassung der Stadt oder nach ärztlicher Beratung mitgeteilt wurde, dass sie aufgrund eines engen Kontakts zu einem bestätigten Fall von COVID-19 nach den jeweils geltenden Kriterien des Robert-Koch-Instituts (RKI) enge Kontaktpersonen sind (**enge Kontaktpersonen**);

Zu engen Kontaktpersonen gehören insbesondere Personen, die mit der positiv getesteten Person in einem Haushalt zusammenleben (Haushaltsangehörige), sobald sie von dieser Person über das positive Testergebnis informiert wurden oder auf anderem Weg diese Information erhalten haben.

1.1.2 Personen, die Erkrankungszeichen zeigen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hindeuten, und für die entweder die Stadt eine molekularbiologische Testung auf SARS-CoV-2 (PCR-Testung) angeordnet hat oder die sich aufgrund der Erkrankungszeichen nach ärztlicher Beratung einer molekularbiologischen PCR-Testung auf SARS-CoV-2 unterzogen haben (**Verdachtspersonen**);

1.1.3 Personen, denen von der Stadt, von der die Testung vornehmenden Person oder von der die Testung auswertenden Stelle mitgeteilt wird, dass eine nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei ihnen vorgenommene molekularbiologische Untersuchung auf das Vorhandensein des Coronavirus SARS-CoV-2 (PCR-Test) oder ein nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei ihnen vorgenommener Antigentest für den direkten Erregernachweis von SARS-CoV-2 ein positives Ergebnis aufweist (**positiv getestete Personen**) und die weder enge Kontaktpersonen nach Ziffer 1.1.1 dieser Allgemeinverfügung noch Verdachtspersonen nach Ziffer 1.1.2 dieser Allgemeinverfügung sind.

1.2 Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten zudem für betroffene Personen, die nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Stadt Brandenburg an der Havel haben oder zuletzt hatten, wenn der Anlass für die Amtshandlung in der Stadt Brandenburg an der Havel hervortritt. In diesen Fällen sind die Personen verpflichtet, den für Sie örtlich zuständige Landkreis oder die örtlich zuständige kreisfreie Stadt unverzüglich zu unterrichten. Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten so lange fort, bis der örtlich zuständige Landkreis oder die örtlich zuständige kreisfreie Stadt etwas Anderes entscheidet.

1.3 Sofern die betroffenen Personen eine gesonderte Anordnung durch die Stadt erhalten haben, geht diese Anordnung den Regelungen dieser Allgemeinverfügung vor, sofern kein Fall der Ziffer 6.2 oder Ziffer 7 vorliegt.

2. Anordnung der Absonderung

2.1 Die unter den Punkten 1.1 und 1.2 aufgeführten Personen haben sich – ohne weitere Anordnung – in häusliche Quarantäne zu begeben und der Stadt die konkrete Anschrift des gewählten Aufenthaltsortes mitzuteilen.

Dazu stehen folgende Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung:

E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de

Telefon: (03381) 58-5301

Telefax: (03381) 58-5304

Die unter den Punkten 1.1 und 1.2 aufgeführten Personen sind verpflichtet, die Personen, mit denen sie in den letzten drei Tagen persönlichen Kontakt hatten, von sich aus zu benachrichtigen.

2.2 Enge Kontaktpersonen müssen sich unverzüglich nach der Mitteilung gemäß Ziffer 1.1.1 und bis zum Ablauf des 10. Tages nach dem mitgeteilten letzten Kontakt mit einem bestätigten COVID-19-Fall absondern, sofern keine anderweitige Anordnung der Stadt erfolgt. Der erste volle Tag der Quarantäne ist der Tag nach dem letzten Kontakt zum bestätigten COVID-19-Fall. Ab diesem Tag wird gezählt, bis die Anzahl an Tagen der empfohlenen Quarantänedauer erreicht ist (volle Tage). Weiterhin wird auf Ziffer 2.6. der Allgemeinverfügung verwiesen.

2.3 Verdachtspersonen müssen sich unverzüglich nach der Anordnung der Stadt zur molekularbiologischen (PCR-)Testung oder, wenn eine solche Anordnung nicht erfolgt ist, unverzüglich nach Vornahme der molekularbiologischen (PCR-)Testung absondern. Dies gilt auch dann, wenn ein zuvor vorgenommener Antigentest ein negatives Ergebnis aufweist. Der Absonderungsort darf zur Durchführung einer Testung verlassen werden. Die Stadt oder der Arzt oder die Ärztin, der oder die die Beratung vor der Testung vornimmt, informiert die Verdachtsperson in geeigneter Weise über die Verpflichtung zur Absonderung. Verdachtspersonen sind gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 Buchstabe t IfSG der Stadt zu melden.

2.4 Positiv getestete Personen müssen sich unverzüglich nach Kenntniserlangung des positiven Testergebnisses absondern. Die Absonderungsdauer beträgt grundsätzlich 14 Tage. Die das Testergebnis bekanntgebende Stelle informiert bei Bekanntgabe des Testergebnisses die positiv getesteten Personen über die Verpflichtung zur Absonderung. Die Meldepflichten gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 Buchstabe t und § 7 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 44a IfSG bleiben davon unberührt. Sofern die positiv getestete Person die Mitteilung über das positive Testergebnis nicht durch die Stadt erhalten hat, ist sie verpflichtet, sich unter Angabe ihrer Kontaktdaten bei der Stadt zu melden und über das Testergebnis, die Art der Testung (PCR-Test oder Antigentest) und das Datum des Tests unter E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de bzw. Telefon: (03381) 58-5301 zu informieren.

2.5. Geimpfte Personen nach § 2 Nr. 2 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und genesene Personen im Sinne des § 2 Nr. 4 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung unterliegen, auch wenn sie enge Kontaktpersonen sind, grundsätzlich nicht der Absonderungspflicht, sofern sie asymptomatisch sind.

Für vollständig geimpfte Personen gilt diese Ausnahme von der Quarantäne für die aktuell in Deutschland zugelassenen und von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Impfstoffe. Im Ausland zugelassene Versionen der EU-zugelassenen Impfstoffe stehen den genannten EU-zugelassenen Impfstoffen für den Nachweis des Impfschutzes gleich. Auf Verlangen des Gesundheitsamtes sind diesem die entsprechenden Nachweise als elektronisches Dokument im PDF- oder JPG-Format per E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de unverzüglich einzureichen.

Vollständig gegen COVID-19 geimpfte oder genesene Personen sollen, wenn Sie enge Kontaktpersonen sind, ihren Gesundheitszustand beobachten und für die Dauer von 10 Tagen nach dem letzten Kontakt zu einem positiv bestätigten Fall zusätzliche Schutzmaßnahmen in Ihrem Alltag treffen. Besonders sollte auf unnötige Kontakte verzichtet werden und größere Veranstaltungen sollten gemieden werden. Nach Möglichkeit sollte auch ein personenferner Einsatz im Berufsleben favorisiert werden bzw. bei unvermeidbaren Kontakten stets eine medizinische Maske oder FFP2-Maske getragen werden und insbesondere die Hygienekonzepte und Schutzmaßnahmen von Betrieben, Einrichtungen und Arbeitsstätten konsequent eingehalten werden. Zudem wird eine regelmäßige Selbsttestung oder die Inanspruchnahme von Bürgertesten empfohlen.

Sofern vollständig geimpfte oder genesene Personen (PCR-bestätigte SARS-CoV-2-Infektion nicht älter als 6 Monate) im Sinne der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung als enge Kontaktpersonen Krankheitszeichen zeigen, die mit einer SARS-CoV-2-Infektion vereinbar sind, oder sich der Gesundheitszustand verschlechtert, haben sich die Betroffenen unverzüglich in Selbstisolation zu begeben und das Gesundheitsamt der Stadt Brandenburg an der Havel per E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de oder Telefon: (03381) 58-5301 zu kontaktieren. Beim Auftreten von Krankheitssymptomen ist zudem unverzüglich der Hausarzt oder die Hausärztin zu kontaktieren, um einen SARS-CoV-2-PCR-Test durchführen zu lassen. Vorab und beim Kontakt mit medizinischem Personal hat die betroffene Person darauf hinzuweisen, dass der Verdacht mit einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 besteht.

2.6. Alle engen Kontaktpersonen (auch vollständig geimpfte Personen oder genesene Personen im Sinne der der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung) die enge Kontaktpersonen zu einem bestätigten Fall von COVID-19, bei dem eine Infektion mit einer besorgniserregende Virusvariante (VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B.1.617.2 sowie Sublinien; eine Übersicht zu den Virusvarianten ist unter https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Virusvariante.html?sessionid=7CC0D08C855FC2CDFE52DE41043A24A4.internet092?nn=13490888 abrufbar) nachgewiesen wurde sind, haben sich unverzüglich in Selbstisolation zu begeben und sich für 14 Tage abzusondern. Weiterhin ist unverzüglich das zuständige Gesundheitsamt zu informieren, sowie Rücksprache mit ihrem Hausarzt zu halten.

3. Durchführung der Absonderung

3.1 Die Absonderung hat in einer Wohnung oder einem anderweitig räumlich abgrenzbaren Teil eines Gebäudes zu erfolgen (**Absonderungsort**).

3.2 Enge Kontaktpersonen, Verdachtspersonen und positiv getestete Personen dürfen während der Zeit der Absonderung die Wohnung nicht ohne ausdrückliche Zustimmung der Stadt verlassen. Der zeitweise Aufenthalt in

einem zur Wohnung gehörenden Garten, auf einer Terrasse oder einem Balkon ist nur alleine oder mit Personen des gleichen Hausstandes mit Abstand von mindestens 1,50 m sofern sich diese Personen ebenfalls in Absonderung befinden, gestattet.

3.3 In der gesamten Zeit der Absonderung ist eine räumliche oder zeitliche Trennung von anderen im Hausstand der betroffenen Person lebenden Personen sicherzustellen. Eine zeitliche Trennung kann z. B. dadurch erfolgen, dass die Mahlzeiten nicht gemeinsam, sondern unter Wahrung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen (insbesondere gründliches Lüften) nacheinander eingenommen werden. Eine räumliche Trennung bedeutet, dass sich die betroffene Person in einem anderen Raum als die anderen Haushaltsmitglieder aufhält.

3.4 Am Absonderungsort darf kein Besuch empfangen werden.

3.5 In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Stadt auf Antrag eine Ausnahme von der häuslichen Absonderung genehmigen.

3.6 Die von der Absonderung betroffenen Personen sowie ggf. auch die weiteren im Hausstand lebenden Personen haben die jeweils aktuellen Hinweise der Stadt unter <https://www.stadt-brandenburg.de/leben/gesundheit/coronavirus-sars-cov-2> sowie des RKI (abrufbar unter www.rki.de) zu den Hygiene- und Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung der Infektionen zu beachten.

3.7 Ist die betroffene Person minderjährig oder ist eine Betreuerin oder ein Betreuer gesetzlich bestimmt, sind die Personensorgeberechtigten für die Einhaltung der Absonderung verantwortlich.

4. Besondere Bestimmungen zur Absonderung von engen Kontaktpersonen

4.1 Während der Zeit der Absonderung hat die enge Kontaktperson ein Tagebuch zu führen, in dem - soweit möglich - zweimal täglich die Körpertemperatur und - soweit vorhanden - der Verlauf von Erkrankungszeichen sowie allgemeine Aktivitäten und der Kontakt zu weiteren Personen festzuhalten sind. Auf Verlangen der Stadt hat die Kontaktperson im Sinne der Ziffer 1.1.1 Informationen aus dem Tagebuch mitzuteilen.

4.2 Während der Absonderung hat die enge Kontaktperson Untersuchungen (z.B. ärztliche Konsultationen und Diagnostik) und die Entnahme von Untersuchungsmaterial durch Beauftragte der Stadt an sich vornehmen zu lassen. Dies betrifft insbesondere Abstriche von Schleimhäuten.

4.3 Sollte die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in einem Unternehmen der kritischen Infrastruktur oder des Dienstbetriebs einer Behörde trotz Ausschöpfung aller organisatorischen Möglichkeiten, wie der Umsetzung von Personal aus anderen Bereichen, durch die Absonderung gefährdet sein, kann bei Kontaktpersonen im Sinne der Ziffer 1.1.1 im Einzelfall unter Beachtung von Auflagen zur Einhaltung der Infektionshygiene zum Schutz anderer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von der Anordnung der Absonderung abgewichen werden, solange sie keine Erkrankungszeichen aufweisen. Die Entscheidung hierüber trifft die Stadt, ggf. nach Rücksprache mit dem betriebsärztlichen Dienst und der Betriebs- oder Behördenleitung.

5. Weitergehende Regelungen während der Absonderung

5.1 Wenn enge Kontaktpersonen Krankheitszeichen zeigen, die mit einer SARS-CoV-2 Infektion vereinbar sind, oder wenn sich bei Verdachtspersonen der Gesundheitszustand verschlechtert, haben sie die Stadt unverzüglich per E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de bzw. Telefon: (03381) 58-5301 zu kontaktieren. In diesem Zusammenhang haben die betroffenen Personen die folgenden Angaben zu machen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Telefonnummer und Quarantänezeitraum.

Beim Auftreten von Krankheitssymptomen ist zudem unverzüglich der Hausarzt oder die Hausärztin zu kontaktieren, um einen SARS-CoV-2-PCR-Test durchführen zu lassen. Vorab und beim Kontakt mit medizinischem Personal hat die betroffene Person darauf hinzuweisen, dass sie Kontaktperson im Sinne der Ziffer 1.1.1 dieser Allgemeinverfügung zu einer Person ist, die mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 infiziert ist.

Sollte während der Absonderung eine weitergehende medizinische Behandlung oder ein Rettungstransport erforderlich werden, hat die betroffene Person vorab telefonisch die versorgende Einrichtung oder den Rettungsdienst über den Grund der Absonderung zu informieren.

Die Stadt ist durch den Einweisenden über die Einweisung in Kenntnis zu setzen.

6. Beendigung der Maßnahmen/ Verkürzung der Absonderungsdauer

6.1 **Bei engen Kontaktpersonen** im Sinne der Ziffer 1.1.1, bei denen kein positives Testergebnis auf das Vorhandensein des Coronavirus SARS-CoV-2 vorliegt, **endet die Absonderung, wenn der enge Kontakt zu einem bestätigten COVID-19-Fall mindestens 10 Tage zurückliegt und während der Absonderung keine für COVID-19 typischen Krankheitszeichen aufgetreten sind**, soweit die Stadt nichts Anderes angeordnet hat.

Dies gilt nicht für enge Kontaktpersonen zu einem positiv bestätigten Fall, bei dem eine besorgniserregende Virusvariante gemäß Ziffer 2.6. der Allgemeinverfügung (also VOI oder VOC außer Alpha

– B.1.1.7 oder Delta – B1.617.2 sowie Sublinien) **nachgewiesen wurde. Für diese engen Kontaktpersonen endet die Absonderung erst nach 14 Tagen.**

6.2 Möglichkeit der Verkürzung der Quarantänedauer (Freitestung):

Alle engen Kontaktpersonen, die asymptomatisch sind, haben die Möglichkeit, die Absonderungsdauer von 10 Tagen unter den nachfolgend genannten Bedingungen zu verkürzen.

- Die Quarantäne endet mit Ablauf des 5. Tages mit PCR-Test bei Probenentnahme frühestens am 5. Tag. Bei Personen, die regelmäßig im Rahmen einer seriellen Teststrategie getestet werden (z.B. Schülerinnen und Schüler), kann der negative Nachweis auch mittels qualitativ hochwertigen Antigen-Schnelltests erfolgen. Die Testung mittels Antigen-Schnelltest ist als Fremdtestung durch geschulte Personen durchzuführen. Ein Selbsttest, auch vor Ort unter Aufsicht durchgeführt, ist nicht zulässig. Der negative Testnachweis ist dem Gesundheitsamt per E-Mail an gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de zu übermitteln. Mit erfolgter Übermittlung des negativen Testergebnisses endet die Quarantäne frühestens mit Ablauf des 5. Tages 24:00 Uhr.
- Die Quarantäne endet mit Ablauf des 7. Tages mit Antigen-Schnelltest bei Probenentnahme frühestens am 7. Tag. Die Testung ist als Fremdtestung durch geschulte Personen durchzuführen. Ein Selbsttest, auch vor Ort unter Aufsicht durchgeführt, ist nicht zulässig. Der negative Testnachweis ist dem Gesundheitsamt per E-Mail an gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de zu übermitteln. Mit erfolgter Übermittlung des negativen Testergebnisses endet die Quarantäne frühestens mit Ablauf des 7. Tages 24:00 Uhr.
- Im Falle des Auftretens eines Infektionsfalls an der Schule oder im Kitabereich gilt Ziffer 7

Die Möglichkeit der Freitestung besteht nicht für enge Kontaktpersonen nach Ziffer 2.6 dieser Allgemeinverfügung. Enge Kontaktpersonen zu einem positiv bestätigten Falles bei dem eine besorgniserregende Virusvariante (also VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B1.617.2 sowie Sublinien) nachgewiesen wurde, können die Quarantäne von 14 Tagen nicht verkürzen.

Erfährt eine enge Kontaktperson, dass sie positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurde, gelten die Regelungen für positiv getestete Personen.

6.3 Im Fall eines **positiven Testergebnisses endet die Absonderung bei asymptomatischem Krankheitsverlauf frühestens 14 Tage nach Erstnachweis des Erregers.** Bei weiter anhaltender Symptomatik hat die betroffene Person Kontakt mit dem Hausarzt oder der Hausärztin, sofern ein solcher oder eine solche nichtvorhanden oder erreichbar ist, mit dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst (Tel. 116117) aufzunehmen. Vorab und beim Kontakt mit medizinischem Personal hat die betroffene Person darauf hinzuweisen, dass sie positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 getestet wurde. Weiterhin hat die betroffene Person, die Stadt entsprechend per E-Mail: gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de bzw. Telefon: (03381) 58-5301 darüber zu unterrichten.

6.4 Möglichkeit der Verkürzung der Quarantänedauer für asymptomatische positiv getestete vollständig geimpfte Personen:

Liegt bei einer asymptomatischen Person nach vollständiger Impfung ein positives SARS-CoV-2-PCR-Ergebnis vor, kann die Absonderungsdauer auf 5 Tage verkürzt werden, wenn die betroffene Person durchgehend asymptomatisch bleibt. Dazu ist eine erneute PCR-Testung frühestens am 5. Tag der Isolierung erforderlich, welche ein negatives Testergebnis bzw. ein Ergebnis unterhalb des definierten Schwellenwertes (Viruslast > 1 Million Viruskopien) aufweist.

Der negative Testnachweis ist dem Gesundheitsamt per E-Mail an gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de zu übermitteln. Mit erfolgter Übermittlung des negativen Testergebnisses endet die Quarantäne frühestens mit Ablauf des 5. Tages 24:00 Uhr.

Die Möglichkeit der Verkürzung der Absonderungsdauer gilt nicht für Personen, bei denen eine Infektion mit einer besorgniserregende Virusvariante (VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B1.617.2 sowie Sublinien) nachgewiesen wurde.

6.5 Bei **Verdachtspersonen, bei denen der durchgeführte molekularbiologische PCR-Test ein negatives Ergebnis aufweist, endet die Absonderung mit dem Vorliegen des negativen Testergebnisses.** Im Fall eines positiven Testergebnisses wird die Absonderung fortgesetzt. Es gelten die Regelungen der Ziffer 6.3.

6.6 Bei **positiv getesteten Personen, bei denen das positive Testergebnis auf einem Antigentest beruht, ist zur Bestätigung eine molekularbiologische (PCR-)Untersuchung vorzunehmen. Die vorübergehende Absonderung endet, falls der nach dem positiven Antigentest bei diesen Personen vorgenommene molekularbiologische (PCR-)Test ein negatives Ergebnis aufweist, mit dem Vorliegen des negativen (PCR-) Testergebnisses.** Bei allen anderen positiv getesteten Personen endet die Absonderung bei symptomatischem Krankheitsverlauf frühestens 14 Tage nach Erstnachweis des Erregers. Die Stadt trifft die notwendigen Anordnungen und entscheidet über die Beendigung der Absonderung

7. Umgang mit Infektionsgeschehen/SARS-CoV-2 Ausbrüchen im Schul- und Kitabereich

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß der aktuellen RKI-Empfehlung (Stand. 29.11.2021) und des Beschlusses der Gesundheitsministerkonferenz vom 06.09.2021 nicht mehr ganze Klassenverbände beim Auftreten eines Infektionsfalls in den Schulen in Quarantäne geschickt werden. In Settings mit niedrigem Risiko für schwere Verläufe (insbesondere Schulsetting) werden als enge Kontaktpersonen insbesondere Haushaltskontakte, sowie gegebenenfalls enge Freunde und Sitznachbarn eingestuft.

Geimpfte oder genesene Personen ohne Symptome sind von Quarantäneanordnungen grundsätzlich ausgenommen, soweit keine Infektion oder ein enger Kontakt zu einem betätigten Fall im Sinne von Ziffer. 2.6. vorliegt

Eine gesonderte Mitteilung seitens des Gesundheitsamtes an betroffenen Personen (enge Kontaktpersonen und auch Personen mit einem positiven Schnelltest) erfolgt nur in Einzelfällen.

Es gelten insoweit die Bestimmungen dieser Allgemeinverfügung.

Bei Auftreten eines Infektionsfalls in der Schule, Kindertagesstätte oder Kindertagespflegestelle wird die Möglichkeit der Verkürzung der Absonderungsdauer („sog. Freitestung“) eröffnet. Die unter 2.2 angeordnete Absonderung in der Häuslichkeit (häusliche Quarantäne) endet frühestens mit Ablauf des fünften Tages für asymptomatische Schülerinnen und Schüler, Lehrer, Lehrerinnen und sonstiges Schulpersonal und im Kitabereich für die dort betreffenden Kinder und sowie das dortige asymptomatische Personal von Kindertagesstätten oder Kinderpflegestellen, wenn die betroffene Person als enge Kontaktperson an diesem Tag (am 5. Tag) mittels PCR-Test oder qualitativ hochwertigem Antigen-Schnelltest ein negatives Testzertifikat dem Gesundheitsamt an gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de und der jeweiligen Schule oder der Kindertagesstätte bzw. Kindertagespflegestelle übermittelt. Ein Selbsttest, auch vor Ort unter Aufsicht durchgeführt ist nicht zulässig.

Die Quarantäne endet somit unabhängig von der angeordneten Dauer der Quarantäne frühestens mit Ablauf des 5. Tages (24:00 Uhr), wenn das negative Testergebnis dem Gesundheitsamt übermittelt wurde.

Personen, die von einer Verkürzung der Dauer der Absonderung in der Häuslichkeit Gebrauch machen wollen, verpflichten sich für die Dauer von 5 weiteren Tagen sich täglich auf das SARS-CoV-2-Virus zu testen oder testen zu lassen und das Ergebnis auf Anforderung dem Gesundheitsamt der Stadt Brandenburg an der Havel vorzulegen. Selbstteste sind in diesem Fall ausreichend. Als Nachweis ist auch eine von der getesteten Person oder, sofern diese nicht volljährig ist, von einem Sorgeberechtigten unterzeichnete Bescheinigung über das negative Ergebnis eines ohne fachliche Aufsicht durchgeführten PoC-Antigen-Tests zur Eigenanwendung (Selbsttest) ausreichend.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung tritt am 09.12.2021 in Kraft und ist zeitlich befristet bis zum 28.02.2022. Die Allgemeinverfügung der Stadt Brandenburg an der Havel über die Absonderung von Kontaktpersonen, von Verdachtspersonen und von positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) getesteten Personen (Allgemeinverfügung Quarantäne) vom 05.10.2021 (Amtsblatt vom 05.10.2021, Nr. 30) tritt mit dem 09.12.2021 außer Kraft.

Begründung:

Gemäß § 1 IfSZV i.V.m. der Anlage zu § 1 IfSZV ist die Stadt Brandenburg an der Havel als kreisfreie Stadt zuständig für die Wahrnehmung der Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten nach dem Infektionsschutzgesetz. Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in §§ 28- bis 31 IfSG genannten, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist (§ 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG). Nach § 2 Ziffer 1 IfSG sind Krankheitserreger im Sinne des Infektionsschutzgesetzes ein vermehrungsfähiges Agens (Virus, Bakterium, Pilz, Parasit) oder ein sonstiges biologisches transmissibles Agens, welches bei Menschen eine Infektion oder übertragbare Krankheit verursachen kann. Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Ziffer 1 IfSG. Nach § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen und Ansteckungsverdächtigen angeordnet werden, dass sie in einem geeigneten Krankenhaus oder in sonst geeigneter Weise abgesondert werden. Die Anordnungen in Form einer Allgemeinverfügung sind aufgrund der besonderen Gefahr, die von SARS-CoV-2 aufgrund seiner hohen Übertragbarkeit und der häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufe für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, geboten. Um die Verbreitung des SARS-CoV-2 Virus und der nun verstärkt auftretenden Virusvarianten wirkungsvoll zu verhindern, muss das Ansteckungsrisiko minimiert werden.

Mit den Regelungen dieser Allgemeinverfügung sollen daher insbesondere Infektionsketten möglichst früh unterbrochen und eine weitere Ausbreitung einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus verlangsamt und verringert werden. Aufgrund der derzeit deutlich erhöhten Infektionszahlen im Land Brandenburg und auch in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel ist das Gesundheitsamt nicht mehr in der Lage, alle betroffenen Personen

kurzfristig zu informieren. Um die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz zu gewährleisten und zu vereinfachen, wird diese Allgemeinverfügung erlassen.

Die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Anordnungen ergehen nach pflichtgemäßem Ermessen und sind verhältnismäßig. Die Absonderung kann im häuslichen Bereich vollzogen werden. Die Anordnungen sind auch angemessen, da sie nicht außer Verhältnis zu dem in der Allgemeinverfügung angestrebten Schutz höherwertiger Rechtsgüter wie Leben, Leib und Gesundheit der Bevölkerung stehen. Da derzeit noch nicht ausreichend viele Menschen der gesamten Bevölkerung geimpft sind und derzeit keine wirksame Therapie zur Verfügung stehen, besteht die Gefahr einer Verstärkung des Infektionsgeschehens mit erheblichen Folgen für Leben und Gesundheit der Bevölkerung und einer möglichen Überforderung des Gesundheitssystems unvermindert fort. Nach der Risikobewertung des RKI handelt es sich weltweit und in Deutschland nach wie vor um eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation. Die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland wird nach wie vor insgesamt als hoch, für Risikogruppen als sehr hoch eingeschätzt.

Im Einzelnen werden die Festlegungen der Allgemeinverfügung wie folgt begründet:

Zu Ziffer 1:

Unter die Definition einer engen Kontaktperson fallen die Personen, die einen engen Kontakt zu COVID-19-Erkrankten im Sinne der jeweils aktuellen Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2“ des RKI

(https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) gehabt haben. In der vorgenannten Empfehlung werden die entsprechenden Übertragungswege der Erkrankung berücksichtigt und mögliche Expositionsszenarien benannt.

Die Mitglieder eines Hausstandes / Haushaltes gehören schon allein aufgrund der täglichen räumlichen und körperlichen Nähe zu einem bestätigten COVID-19-Fall zu den engen Kontaktpersonen. Deswegen wird ihre Absonderung ohne Einzelfallprüfung angeordnet.

Unter Verdachtsperson werden Personen verstanden, die Erkrankungszeichen zeigen, die mit einer SARS-CoV-2-Infektion vereinbar sind und für die entweder von der Stadt eine Testung auf SARS-CoV-2 angeordnet wurde oder die sich nach ärztlicher Beratung einer solchen Testung unterzogen haben. Positiv getestete Personen sind alle Personen, die Kenntnis davon haben, dass eine nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei ihnen vorgenommene molekularbiologische (PCR-)Untersuchung auf das Vorhandensein von SARS-CoV-2 bzw. ein nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei ihnen vorgenommener Antigentest für den direkten Erregernachweis von SARS-CoV-2 ein positives Ergebnis aufweist. Enge Kontaktpersonen und Verdachtspersonen werden aus der Definition positiv getesteter Personen ausgenommen, da enge Kontaktpersonen und Verdachtspersonen nach dieser Allgemeinverfügung bereits zeitlich vor der Kenntnis eines positiven Testergebnisses zur Absonderung verpflichtet sind und die Pflicht zur Absonderung für diese Personen mit Kenntnis des positiven Testergebnisses fort dauert. Die örtliche Zuständigkeit der Stadt folgt aus § 3 Abs. 1 Ziffer 3 VwVfG. Bei Gefahr im Verzug gilt eine Notzuständigkeit auf der Grundlage des § 3 Abs. 4 VwVfG auch für betroffene Personen, die nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Stadt Brandenburg an der Havel haben oder zuletzt hatten. Unaufschiebbare Maßnahmen müssen danach durch jede Behörde getroffen werden, in deren Bezirk der Anlass für die Amtshandlung hervortritt. In Anbetracht der genannten erheblichen Gefahren für die Gesundheit, die körperliche Unversehrtheit und das Leben zahlreicher Personen durch schwere und lebensbedrohende Krankheitsverläufe besteht Gefahr im Verzug bei allen betroffenen Personen, für die in der Stadt Brandenburg an der Havel der Anlass für die Absonderung hervortritt. Die sofortige Entscheidung ist zur Verhinderung der weiteren Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 und damit im öffentlichen Interesse notwendig. Die Zuständigkeit endet dort, wo die eigentlich zuständige Behörde wieder handlungsfähig ist. Die eigentlich örtlich zuständige Behörde ist unverzüglich zu unterrichten.

Zu Ziffer 2:

Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Ziffer 1 IfSG, der sich in der Stadt Brandenburg an der Havel stark ausgebreitet hat. Da die Infektion mit SARS-CoV-2 über Tröpfchen, z. B. durch Husten und Niesen sowie über Aerosole erfolgt, kann es über diesen Weg zu einer Übertragung von Mensch zu Mensch kommen. Prinzipiell ist auch eine Übertragung durch Schmierinfektion/Infektion durch kontaminierte Oberflächen nicht auszuschließen. Beide Übertragungswege sind bei der Festlegung erforderlicher Maßnahmen daher zu berücksichtigen. Nach derzeitigem Wissen kann die Inkubationszeit bis zu 14 Tage betragen. Daher müssen alle Personen, die in den letzten 14 Tagen einen engen Kontakt im Sinne der Empfehlungen des RKI mit einem COVID-19-Fall hatten, gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG abgesondert werden. Die bis zum September 2021 empfohlene Dauer der Quarantäne von engen Kontaktpersonen betrug 14 Tage. Eine geringere Risikoreduktion (in Bezug auf das Auftreten von Fällen nach Abschluss der Quarantäne) aufgrund einer kürzeren Quarantänedauer erscheint angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen (insb. die ausreichende Verfügbarkeit von Impfstoffen und verstärkter Testung, sowie serielles Testen, z.B. in Schulen) vertretbar.

Aufgrund des Auftretens neuer und besorgniserregender Virusvarianten wird kommt es auch bei engen Kontaktpersonen zu einer Verschärfung der Quarantänepflicht. Diese beträgt grundsätzlich 14 Tage. **Alle engen Kontaktpersonen** (auch vollständig geimpfte Personen oder genesene Personen im Sinne der der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung), **die enge Kontaktpersonen zu einem bestätigten Fall von COVID-**

19, bei dem eine Infektion mit einer besorgniserregende Virusvariante (VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B1.617.2 sowie Sublinien) haben sich für **die Dauer von 14 Tagen nach dem letzten Kontakt zu diesem Fall abzusondern.**

Da nicht nur bereits Erkrankte bzw. Personen mit charakteristischen Symptomen, sondern auch infizierte Personen, die noch keine Krankheitszeichen zeigen, das Virus übertragen können, ist eine Absonderung in jedem Fall erforderlich. Nur so können die Weitergabe von SARS-CoV-2 an Dritte wirksam verhindert und Infektionsketten unterbrochen werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die Betroffenen sich räumlich und zeitlich konsequent von Personen des eigenen Hausstands, als auch weiteren Personen getrennt halten. Nur so kann ein Kontakt von Dritten mit potentiell infektiösen Sekreten und Körperflüssigkeiten ausgeschlossen werden.

Durch eine schnelle Identifizierung und Absonderung von engen Kontaktpersonen wird sichergestellt, dass möglichst keine unkontrollierte Weitergabe des Virus erfolgt.

Zur Eindämmung von Infektionen ist es zudem erforderlich, dass sich auch Verdachtspersonen mit Erkrankungssymptomen, für die aufgrund dieser medizinischen Indikation entweder von der Stadt eine molekularbiologische (PCR-)Testung angeordnet wurde oder die sich nach ärztlicher Beratung einer molekularbiologischen (PCR-)Testung unterzogen haben, zunächst in Absonderung begeben. Die Stadt oder der beratende Arzt oder die beratende Ärztin haben die Verdachtsperson über die Verpflichtung zur Quarantäne zu informieren.

Die Meldepflicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 Buchstabe t und § 7 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 44a IfSG, die auch in Fällen gilt, in denen die betreffende Person nicht bereit ist, sich freiwillig einer Testung zu unterziehen, bleibt unberührt.

Für Personen, die sich ohne Erkrankungssymptome einer lediglich aus epidemiologischer Indikation vorsorglich vorgenommenen Testung (etwa einer sogenannten „Reihentestung“) unterziehen, gilt die Pflicht zur Absonderung nach dieser Allgemeinverfügung nicht, solange kein positives Testergebnis vorliegt. Zur Eindämmung der Infektion ist es darüber hinaus unabdingbar, dass sich Personen, bei denen eine molekularbiologische (PCR-)Untersuchung oder ein Antigentest, der durch eine molekularbiologische (PCR-)Untersuchung zu bestätigen ist, das Vorhandensein des Coronavirus-SARS-CoV2 bestätigt hat, unverzüglich absondern, nachdem sie von dem positiven Testergebnis Kenntnis erlangt haben. Die Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 kann auch durch asymptomatische Personen übertragen werden. Liegt ein positives Testergebnis vor, bestehen dringende Anhaltspunkte für eine Infektion. Hierbei kommt es nicht darauf an, wo und aus welchem Anlass die Testung vorgenommen wurde und ob die Testung durch einen molekularbiologischen (PCR-)Test oder durch einen Antigentest erfolgte.

Zwar weisen **Antigentests** insgesamt eine geringere Verlässlichkeit auf als molekularbiologische (PCR-) Testungen, sie **zeigen aber auch und gerade bei Proben mit einer hohen Viruslast ein positives Ergebnis**. Es ist daher **erforderlich, dass sich Personen, bei denen ein Antigentest ein positives Ergebnis aufweist, schon im Zeitraum bis zum Vorliegen des Ergebnisses einer bestätigenden molekularbiologischen (PCR-) Testung isolieren**. Ist die bestätigende molekularbiologische (PCR-)Testung negativ, so endet die Pflicht zur Isolation mit dem Vorliegen des Testergebnisses.

Absonderungspflichten, die daneben aus anderen Gründen bestehen, bleiben hiervon unberührt.

Weist die bestätigende molekularbiologische (PCR-)Testung ein positives Ergebnis auf, so greifen die Anordnungen für positiv getestete Personen.

Die den Test abnehmende Person hat die durch einen Antigentest positiv getestete Person über die Verpflichtung zur Isolation und die erforderliche Bestätigung des Testergebnisses durch einen molekularbiologischen (PCR-)Test zu informieren.

Die Stadt oder der Arzt oder die Ärztin, der oder die die Beratung vor der Testung vornimmt, informiert die Verdachtsperson über die Verpflichtung zur Absonderung. Verdachtspersonen sind gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 Buchstabe t IfSG der Stadt zu melden. Durch die Ausweitung von Testmöglichkeiten und die unterschiedlichen Anbieter von Testungen kann trotz der nach dem Infektionsschutzgesetz bestehenden Meldepflichten nicht ausgeschlossen werden, dass die positiv getestete Person von dem Ergebnis der Testung schneller erfährt als die Stadt auf dem Meldeweg nach dem Infektionsschutzgesetz. Zudem unterliegen Personen, die außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland Testungen vornehmen, nicht dem Meldeweg des Infektionsschutzgesetzes.

Es ist daher erforderlich, dass positiv getestete Personen, die nicht durch die Stadt von dem positiven Testergebnis erfahren, von sich aus die Stadt über das positive Testergebnis informieren. Die Stadt trifft dann die weiteren Anordnungen.

Die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Anordnungen ergehen nach pflichtgemäßem Ermessen und sind verhältnismäßig. Die Absonderung kann im häuslichen Bereich vollzogen werden. Die Anordnungen sind auch angemessen, da sie nicht außer Verhältnis zu dem in der Allgemeinverfügung angestrebten Schutz höherwertiger Rechtsgüter wie Leben, Leib und Gesundheit der Bevölkerung stehen.

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen in der Stadt Brandenburg erfolgt gemäß der Empfehlung des Gesundheitsministeriums vom 18.11.2021 eine Priorisierung insbesondere in Bezug auf die Kontaktpersonennachverfolgung. Es werden vornehmlich Ermittlungen zu einem bestätigten COVID-19-Fall (sogenannter Indexfall) und eine Eingrenzung der Kontaktpersonennachverfolgung auf die engsten Kontaktpersonen im direkten häuslichen Umfeld erfolgen. Dies hat Vorrang vor einer vollumfänglichen Kontaktnachverfolgung im entferntesten Umfeld.

Das Gesundheitsamt entscheidet über die Schwerpunktsetzung bei der Ermittlung und Nachverfolgung von Kontaktpersonen. Aus diesem Grund stellen die Regelungen und Anordnungen diese Allgemeinverfügung ein geeignetes und erforderliches Mittel dar, um einer weiteren Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus und der Virusvarianten entgegenzuwirken.

Andere mildere, gleich wirksame Schutzmaßnahmen sind weder ersichtlich noch angesichts der Gefahrenlage vertretbar. Mit der Anordnung der häuslichen Absonderung wird den Belangen der betroffenen Personen so weit wie möglich Rechnung getragen.

Ausgenommen von der Allgemeinverfügung und damit insbesondere der Quarantäne sind Personen, die einen vollständigen Impfschutz genießen oder unter die Definition einer genesenen Person fallen und nicht symptomatisch sind. Quarantäne ist dann nicht erforderlich, wenn eine Kontaktperson vollständig geimpft oder innerhalb der letzten sechs Monate eine SARS-CoV-2-Infektion durchgemacht hat (genesene Personen) und asymptomatisch ist.

Als vollständig gegen COVID-19 geimpfte gelten Personen ab dem 15. Tag nach Gabe der letzten Impfdosis. Die zugrundeliegende Schutzimpfung muss mit einem oder mehreren vom Paul-Ehrlich-Institut im Internet unter der Adresse www.pei.de/impfstoffe/covid-19 genannten Impfstoffen erfolgt ist, und

- a.) entweder aus einer vom Paul-Ehrlich-Institut im Internet unter der Adresse www.pei.de/impfstoffe/covid-19 veröffentlichten Anzahl von Impfstoffdosen, die für eine vollständige Schutzimpfung erforderlich ist, besteht und seit der letzten erforderlichen Einzelimpfung mindestens 14 Tage vergangen sind oder
- b.) bei einer genesenen Person aus einer verabreichten Impfstoffdosis besteht.

Als genesen gelten Personen, bei denen eine mittels PCR-Test bestätigte SARS-CoV-2-Infektion vorlag und die zugrundeliegende liegende PCR-Testung mindestens 28 Tage sowie maximal sechs Monate zurückliegt.

Auch von der Absonderung befreiten Personen ist zu empfehlen verstärkt auf die Einhaltung von weiteren Schutzmaßnahmen (medizinische Maske bei Interaktionen mit anderen Personen, regelmäßige Testungen und auch eine Reduzierung der Kontakte) zu achten.

Die Befreiung von der Verpflichtung zur Absonderung bei genesenen und geimpften engen Kontaktpersonen gilt jedoch nicht, sofern bei dem bestätigten positiven Fall eine Infektion mit einer besorgniserregenden Virusvariante des SARS-CoV-2-Virus (außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B.1.617.2 sowie Sublinien) vorliegt, bei denen die Empfehlung des RKI weiterhin keine Ausnahme von der Absonderungspflicht vorsieht.

(https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html?sessionid=53FAB51070B2A26BB4A8A7652DFE396A.internet071?nn=13490888#doc13516162bodyText12)

Zu Ziffer 3:

Positiv getestete Betroffene müssen auch zu anderen im Hausstand der betroffenen Person lebenden Personen eine räumliche oder zeitliche Trennung sicherstellen, damit die Betroffenen, die enge Kontaktpersonen oder Verdachtspersonen sind, sich nicht mit SARS-CoV-2 infizieren.

Soweit Minderjährige von der Pflicht zur Absonderung betroffen ist, soll die Betreuung möglichst nur von einer sorgeberechtigten Person unter größtmöglicher Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen sichergestellt werden.

Die Stadt oder von der Stadt Beauftragte belehren die Betroffenen über die Hygiene- und Schutzmaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund ist die zeitlich befristete Anordnung einer Absonderung aus medizinischer und rechtlicher Sicht verhältnismäßig und gerechtfertigt. Um eine Weitergabe des Virus zu vermeiden, müssen die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen durch die engen Kontaktpersonen, Verdachtspersonen und positiv getestete Personen zuverlässig eingehalten werden. Dies trifft auch auf die mit der Kontaktperson, der Verdachtsperson oder der positiv getesteten Person in einem Hausstand lebenden Personen zu.

Zu Ziffer 4:

Um zeitkritisch die weitere gesundheitliche Entwicklung bei den engen Kontaktpersonen, die ein höheres Krankheitsrisiko für COVID-19 haben, nachvollziehen zu können, müssen Kontaktperson und Stadt regelmäßigen Kontakt halten; die Betroffenen unterliegen gemäß § 29 Abs. 1 IfSG einer Beobachtung. Zur Bestätigung einer COVID-19-Erkrankung muss die Stadt eine entsprechende Diagnostik bzw. die Entnahme von Proben (z. B. Abstriche der Rachenwand) gemäß § 29 Abs. 2 IfSG veranlassen können. Das zu führende Tagebuch unterstützt die Kontaktpersonen, frühzeitig Krankheits-symptome zu erkennen und ermöglicht der Stadt gesundheitliche Risiken von anderen Personen, z.B. der Haushaltsangehörigen sowie den Verlauf der Absonderung bzw. Erkrankung einschätzen zu können.

Für Fälle, in denen die Absonderung von engen Kontaktpersonen den Dienst- oder Geschäftsbetrieb von Behörden oder Unternehmen der kritischen Infrastruktur gefährdet, ist die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung im Einzelfall vorgesehen, die mit den notwendigen Auflagen zum Schutz anderer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Infektionen verbunden werden soll.

Zu den Bereichen der kritischen Infrastruktur im Sinne dieser Allgemeinverfügung zählen insbesondere alle Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der Pflege sowie der Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz), der Sicherstellung der öffentlichen Infrastrukturen (Telekommunikationsdienste, Energie, Wasser, ÖPNV, Entsorgung), der Lebensmittelversorgung und der Handlungsfähigkeit zentraler Stellen von Staat, Justiz und Verwaltung dienen.

Zu Ziffer 5:

Beim Auftreten von für COVID-19 einschlägigen Krankheitszeichen bei einer engen Kontaktperson muss die Stadt unverzüglich informiert werden, um die weiteren infektionsmedizinischen Maßnahmen ohne Verzug ergreifen zu können. Verdachtspersonen müssen die Stadt informieren, wenn sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert. Sofern eine ärztliche Behandlung erforderlich wird, sind die betroffenen Personen verpflichtet, den behandelnden Arzt oder die behandelnde Ärztin bzw. das medizinische Personal vorab darauf hinzuweisen, dass sie enge Kontaktperson bzw. Verdachtsperson sind. Mit den weiteren Regelungen wird erreicht, dass eine notwendige medizinische Behandlung oder ein Rettungstransport mit Kenntnis der Stadt möglich ist.

Gleichzeitig wird aber auch ein ausreichender Schutz Dritter vor einer Infektion sichergestellt. Außerdem ist es erforderlich, dass auch minderjährige Kontaktpersonen und Verdachtspersonen bzw. solche, die eine Betreuerin bzw. einen Betreuer haben, unter die Regelungen zur Absonderung fallen. Die in diesem Fall verantwortliche Person muss festgelegt werden.

Zu Ziffer 6:

Die Absonderung von engen Kontaktpersonen kann grundsätzlich erst dann beendet werden, wenn der enge Kontakt einer Person mit einem COVID-19-Fall, der zur anschließenden Absonderung geführt hat, mindestens 10 Tage zurückliegt und während der ganzen Zeit der Absonderung keine für COVID-19 typischen Symptome aufgetreten sind.

Im Falle der Ziffer 6.2 wird entsprechend der aktualisierten RKI-Empfehlung die Möglichkeit der Verkürzung der Quarantänedauer (Freitestung) für die engen Kontaktpersonen aufgenommen. Je nachdem, ob die Freitestung bereits am 5. Tag oder erst am 7. Tag erfolgen soll, werden grundsätzlich unterschiedliche Anforderungen an den Test gestellt. Für eine Verkürzung der Quarantänedauer auf 5 Tage ist darum grundsätzlich ein PCR-Test vornehmen zu lassen. Das Testverfahren muss umso sensitiver sein, je mehr die Quarantänezeit verkürzt wird. Der negative Testnachweis ist dem Gesundheitsamt als zuständiger Behörde zu übermitteln, um nach Ablauf des 5. Tages bzw. des 7. Tages von der Quarantänepflicht befreit zu sein. Erst nach Vorlage beim Gesundheitsamt endet die Absonderung. Dem Infektionsschutz kann nur so ausreichend Rechnung getragen werden.

Die Möglichkeit der Verkürzung der Absonderungsdauer besteht nicht für enge Kontaktpersonen zu einem positiv bestätigten Fall, bei dem eine besorgniserregende Virusvariante (also VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B.1.617.2 sowie Sublinien) nachgewiesen wurde. Diese können die Quarantäne von 14 Tagen nicht verkürzen.

Bestätigt eine bei einer engen Kontaktperson vorgenommene molekularbiologische Testung eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2, so muss die Absonderung fortgesetzt werden. Die Stadt trifft die erforderlichen Anordnungen.

Im Falle von Ziffer 6.4 wurde der Empfehlung des RKI in Bezug auf mit dem SARS-CoV-2- Virus infizierte, asymptomatische geimpfte und genesenen Personen Rechnung getragen (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Entlassmanagement.html).

Diese erhalten demnach die Möglichkeit die Absonderungsdauer von 14 Tagen durch eine PCR-Testung zu verkürzen. Der PCR-Test darf frühestens am 5 Tag der Quarantäne durchgeführt werden und die betroffene Person muss durchgehend asymptomatisch sein. Die Quarantäne endet erst nach Vorlage des Testnachweises beim Gesundheitsamt.

Die Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne besteht nicht, bei den betroffenen Personen eine Infektion mit einer besorgniserregende Virusvariante (also VOI oder VOC außer Alpha – B.1.1.7 oder Delta – B.1.617.2 sowie Sublinien) nachgewiesen wurde.

Die Absonderung der Verdachtsperson endet mit dem Vorliegen eines negativen Testergebnisses, spätestens jedoch nach Ablauf von fünf Tagen seit der Testung. In diesem Zeitraum wird das Testergebnis in der Regel vorliegen. Da eine unverzügliche Benachrichtigung der Verdachtsperson aber nicht in allen Fällen zuverlässig sichergestellt werden kann, ist eine Höchstdauer der Absonderung erforderlich und geboten. Die Benachrichtigung über ein negatives Testergebnis kann auch telefonisch erfolgen. Ist das Testergebnis positiv, so muss die Absonderung fortgesetzt werden und die Stadt trifft die erforderlichen weiteren Anordnungen. Bei Personen, die durch eine molekularbiologische (PCR-)Testung positiv getestet wurden, trifft die Stadt die erforderlichen weiteren Anordnungen. Die Stadt entscheidet auch über die Dauer der Absonderung. Im Fall eines positiven

Testergebnisses einer molekularbiologischen (PCR-)Testung endet die Absonderung bei asymptomatischem Krankheitsverlauf frühestens 14 Tage nach Erstnachweis des Erregers, bei leicht symptomatischem Krankheitsverlauf frühestens 14 Tage nach Symptombeginn und Symptomfreiheit seit mindestens 48 Stunden (definiert als nachhaltige Besserung der akuten COVID-19-Symptomatik gemäß ärztlicher Beurteilung). Bei Personen, die durch einen Antigentest positiv getestet wurden, endet die Absonderung, wenn die zur Bestätigung des positiven Antigentests vorgenommene molekularbiologische (PCR-) Testung ein negatives Ergebnis aufweist mit dem Vorliegen des negativen Testergebnisses. Weist die zur Bestätigung eines positiven Antigentests vorgenommene molekularbiologische (PCR-)Testung ein positives Ergebnis auf, so gelten die Anordnungen für Personen, die durch einen molekularbiologischen (PCR-)Test positiv getestet wurden.

Zu Ziffer 7:

Die Möglichkeit der sog. Freitesting wurde im Rahmen des § 24 Abs. 6 der Dritten Verordnung über den Umgang mit dem SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 in Brandenburg (Dritte SARS-CoV-2-Umgangsverordnung – 3. SARS-CoV-2-UmgV) vom 15. September 2021 umgesetzt und ausdrücklich derzeit nur bei Auftreten eines Infektionsfalls an der Schule oder einer Kindertagesstätte oder einer Kindertagespflegestelle ermöglicht. Die Vorschrift wurde als Soll-Vorschrift formuliert, da die Entscheidung im Einzelfall dem zuständigen Gesundheitsamt obliegt.

Unter Berücksichtigung des verstärkten unberechenbaren Infektionsgeschehens in Schulen und Kitas ist es nur sachgerecht und mit Blick auf den Gesundheitsschutz und der Aufrechterhaltung des Schul- und Kitabesuches auch angemessen diese Möglichkeit der Verkürzung der Absonderungsdauer nur nach Vorlage eines negativen PCR-Testergebnisses oder eines negativen Testnachweises mittels eines qualitativ hochwertigem Antigen-Schnelltest zu ermöglichen. Der negative Testnachweis ist dem Gesundheitsamt als zuständiger Behörde zu übermitteln, um nach Ablauf des 5. Tages von der Quarantänepflicht befreit zu sein. Um auch die Informationskette an den Schulen und Kitas aufrechtzuerhalten sollte der Testnachweis zudem auch umgehend der jeweiligen Einrichtung übermittelt werden. Daran anschließend findet eine intensivierete Testung statt, um einen sicheren Präsenzunterricht an den Schulen zu ermöglichen.

Insbesondere beim Auftreten eines Infektionsfalls an der Schule oder im Kitabereich erfolgt eine Priorisierung in Bezug auf die Kontaktpersonennachverfolgung. Das Gesundheitsamt entscheidet über die Schwerpunktsetzung bei der Ermittlung und Nachverfolgung von Kontaktpersonen. Sofern betroffenen Personen mitgeteilt wird, oder Ihnen bekannt ist, dass Sie enge Kontaktpersonen sind, so haben sie sich nach Maßgabe dieser Allgemeinverfügung entsprechend abzusondern.

Zu Ziffer 8:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten sowie die Befristung der Allgemeinverfügung. Die Befristung folgt aus Gründen der Verhältnismäßigkeit. Bei entsprechender Risikoeinschätzung wird die Allgemeinverfügung vor Ablauf der Befristung aufgehoben. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 VwVfGBbg i.V.m. § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG gilt bei der öffentlichen Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsaktes dieser zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Nach Satz 4 dieser Vorschrift kann in einer Allgemeinverfügung ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Von dieser Möglichkeit einer kurzen Fristbestimmung wurde vorliegend Gebrauch gemacht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei dem Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel in Brandenburg an der Havel erhoben werden.

Hinweise:

Diese Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung (§ 28 Abs. 3 i.V.m. § 18 Abs. 8 IfSG). Nach § 73 Abs. 1 a Ziffer 6 IfSG stellt ein Verstoß gegen diese Allgemeinverfügung eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden kann.

gez. Steffen Scheller
Oberbürgermeister

Brandenburg an der Havel, den 08.12.2021

Hinweis: Die Urschrift dieser Allgemeinverfügung und ihre Begründung kann bei der Stadt Brandenburg an der Havel im Büro der Stadtverordnetenversammlung in der Klosterstr. 14, Haus E, Zimmer 307, in 14770 Brandenburg an der Havel eingesehen werden.